

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— M., bei Selbstabholung 5.50 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— M., für einen Monat 6.— M. — Preis der Einzelnummer 30 Pfg. — Telefon für Kontor und Expedition: 2721 und 4596. — **Postcheckkonto Nr. 53477**

Redaktion: Leipzig, Tauhaer Str. 19/21
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telefon 13693. — **Berlin in Leipzig,**
Tauhaer Straße 19/21 — Telefon 4596

Insertenpreise: Die 7 gespaltene Kolonellszeile oder deren Raum 1.90 M., bei Platzvorkauf 2.30 M.; Familiennachrichten, die 7 gespaltene Zeile 1.70 M., Reklame-Kolonellszeile 7.50 M. — Telefon für die Inseraten-Abteilung 2721
Schluß der Inseraten-Aufnahme für die nächste Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

Eine provisorische Lösung? Simons über die neuen Vorschläge.

Paris, 6. März. Außenminister Dr. Simons gewährte dem Vertreter der Sunday Times eine Unterredung, in der er u. a. erklärte: Ich hoffe, daß meine Antwort, die ich den Alliierten erteilen werde, diese dazu bringen wird, daß Abmachungen mit provisorischem Charakter getroffen werden, für welche unsere Vorschläge vom letzten Dienstag als Grundlage dienen können. Die Alliierten mögen überzeugt sein, daß wir die besten Absichten haben. Sie mögen unsere Vorschläge prüfen und dann annehmen, was wir ihnen anbieten können. Wenn Deutschland zu höheren Einkünften gelangt, so will es noch mehr zahlen; ich muß darauf bestehen, daß eine Kommission eingesetzt wird zur Prüfung unserer Vorschläge. Wenn das geschieht, dann würden Strafmaßnahmen nicht notwendig sein. Deutschland kann aber nicht bezahlen, was von ihm in den Pariser Abmachungen gefordert wird.

Eine wichtige Unterredung in London.

Paris, 6. März. Wie einem Havasbericht aus London zu entnehmen ist, hat gestern vormittag bei Lord Curzon eine Unterredung zwischen Dr. Simons und dem englischen und dem französischen Ministerpräsidenten stattgefunden. Am Nachmittag trafen die englischen, französischen und belgischen Sachverständigen mit den deutschen zusammen. Gegen Abend begab sich Briand in Vertretung Lord Georges, der nach Chequers gefahren war, um das Wochenende bei seiner Familie zu verbringen, zum Grafen Esforja. Die deutsche Abordnung hielt in den ersten Abendstunden eine Sitzung ab. Es heißt in dem Bericht der Agence Havas noch während man in englischen und italienischen Kreisen optimistisch gestimmt sei, sei man auf französischer Seite mißtrauischer hinsichtlich des Ausgangs der Besprechungen.

Verhandlungen über ein provisorisches Abkommen.

Berlin, 7. März. (Eigene Drahtmeldung der V. Z.) Der Sonderberichterstatter der Vossischen Zeitung meldet aus London: „Ein Ereignis, das die Lage ein wenig zugunsten Deutschlands oder, allgemein ausgedrückt, zugunsten des europäischen Friedens verändert hat, ist die Tatsache, daß die Partner sich endlich hinter den Kulissen zu Besprechungen zusammengesunden haben, und daß damit der unfruchtbare Notenwechsel einer hoffentlich nutzbringenden persönlichen Fühlungnahme gewichen ist. Der Zweck dieser Besprechungen ist, das am morgigen Tage drohende Scheitern der Konferenz in letzter Minute zu verhindern. Da eine Gesamtvorberatung der beiden Parteien unmöglich erscheint, soll versucht werden, eine Grundlage für weitere Verhandlungen zu finden. Diese Besprechungen haben ihren Gipfelpunkt in einer Konferenz zwischen dem Außenminister Simons, Lord George und Briand gefunden. Obwohl die Einzelheiten der Besprechung von allen Seiten mit einem unburlesken Schleiher umgeben werden, darf man wohl annehmen, daß im Mittelpunkt der Debatte ein provisorisches Abkommen gestanden hat, das vorläufig nur für die nächsten paar Jahre Gültigkeit haben soll. Man steht deutscherseits auf dem Standpunkte, daß wir über die nächsten paar Jahre hinaus nicht bestimmen können, da die Entwicklung des niedergebrochenen deutschen Wirtschaftslebens zur Zeit nicht zu übersehen ist. Andererseits wollen wir Frankreich durch ein solches Provisorium ermächtigen, so schnell als irgend möglich Wärmittel in die Hand zu bekommen. Weiter würden auch die Alliierten später, wenn es mit der deutschen Industrie schneller und besser auswärts geht, als jetzt zu übersehen ist, eventuelle größere Leistungen erwarten dürfen, als ihnen jetzt zugesichert werden könnten.“

Paris, 6. März. Fertinax, der Berichterstatter des Echo de Paris, erklärt, Lord George habe seinen politischen Sekretär zu der deutschen Delegation entsandt, und Staatssekretär Bergmann habe mit Lord d'Abernon verhandelt. Diese Präliminatsbesprechungen hätten gestern zu der Beratung bei Lord Curzon geführt. Dr. Simons habe den alliierten Ministern in großen Zügen einen Plan entwickelt. Fertinax ist wenig erbaunt davon, denn nach seiner Ansicht würden die mit so großem Lärm am Donnerstag verkündeten Sanktionen sich etwas lockern, während detaillierte Verhandlungen stattfinden. Fertinax sagt, welches die Gedanken seien, durch die die Deutschen versucht, die alliierte Einheitsfront zu durchbrechen. Zwei Grundfälle seien es, die man erkenne: erstens der Gedanke der sogenannten Äquivalente, von denen Lord George gesprochen habe, und zweitens die Rückkehr zu dem gefährlichen Grundsatze, den man in Brüssel angenommen habe, daß die deutschen Schadenersatzleistungen, so wohl was ihre Höhe als ihre Zahlung anbetrifft, eng verbunden werden müßten mit der wirtschaftlichen Wiedererhebung Deutschlands. Fertinax sagt, auch der Gedanke einer provisorischen Lösung für fünf Jahre mit der Aussicht auf eine spätere endgültige Lösung sei in radikalen englischen Kreisen gestern erörtert worden.

Instruktionen aus Berlin.

Berlin, 6. März. Die aus London vorliegenden Meldungen wurden heute in zwei Kabinettsitzungen unter Vorsitz des Reichspräsidenten beraten. Zwischen beiden Sitzungen wurde eine Besprechung mit den erreichbar gewordenen Sachverständigen abgehalten. Auf Grund der Beratungen sind an die Delegation Instruktionen für die morgige Verhandlung der Londoner Konferenz ergangen.

Die Montagsitzung.

Paris, 6. März. Wie die Agence Havas aus London berichtet, wird die Konferenz morgen zwei Sitzungen abhalten. Die erste um 11 Uhr beginnende, wird wahrscheinlich dem Zweck dienen, den griechischen und türkischen Abordnungen die Antwort der Alliierten betreffs der praktischen Anwendung des Vertrages von Sevres zur Kenntnis zu bringen. In der Nachmittagsitzung werden die deutschen Vertreter ihre Antwort auf das Ultimatum

der Alliierten geben. Wenn diese Antwort rechtzeitig bereit wäre, würde die Vormittagsitzung der Anhörung der deutschen Abordnung statt der Erledigung der orientalischen Frage gewidmet werden. Falls Dr. Simons, was nicht unwahrscheinlich ist, nur solche Angebote macht, die vom Pariser Abkommen abweichen, würden die Verhandlungen sofort abgebrochen werden; Briand würde andern Tags nach Paris zurückkehren.

London, 5. März. Reuter erzählt, daß es leicht möglich ist, daß die Reparationskonferenz, die am Montagmittag ihre nächste Zusammenkunft hat, abgebrochen wird, wenn die Deutschen keine bedeutend vernünftigeren Vorschläge vorlegen. Wenn indessen teilweise befriedigende Vorschläge unterbreitet würden, welche seitens Deutschlands das Bestreben zeigten, der wahren Lage gerecht zu werden, dann würden sie von den alliierten Sachverständigen geprüft werden, wenn auch in Deutschlands früherer unüberlegter Haltung eine recht bedeutende Veränderung eintreten müßte. Einige Punkte in den deutschen Vorschlägen sollen nach Reuter ziemlich vernünftig sein, doch die daraus gezogenen Schlussfolgerungen nichts weniger als vernünftig.

Italiens und Frankreichs Stellung.

Brüssel, 6. März. Aus London wird der Frankfurter Zeitung gemeldet, nach der Unterredung mit Lord George und Briand habe gestern Graf Esforja Briand aufgesucht und auf der Notwendigkeit einer Verständigung mit den Deutschen bestanden. Briand habe geantwortet, er sei bereit, Vorschläge von Modalitäten zum Pariser Abkommen zu prüfen, nicht aber neue Zugeständnisse zu machen.

Paris, 6. März. Die Agence Havas verbreitet eine Unterredung des Obersten mit Loucheur, in der er erklärt, eine neue Herabsetzung der Gesamtheit der französischen Forderungen könne nicht zugegeben werden. „Wir sind jedoch bereit“, fuhr Loucheur fort, „jede Möglichkeit zu prüfen, die Deutschland in die Lage versetzen würde, sich in weniger als 42 Jahren seiner Schuld zu entledigen. Ebenso sind wir nicht unbedingt an die Erhebung von 12 Prozent Abgabe auf die deutsche Ausfuhr gebunden, falls man eine andre Möglichkeit anzugeben würde, die Entwicklung des Industrieertrags Deutschlands abzuklären. Es ist z. B. nicht ausgeschlossen, als Richtschnur die deutsche Kohlenenerzeugung zu nehmen. Eine Sache muß indes klar sein, nämlich, daß jede Verringerung des Pariser Abkommens einen Gegenwert darstellen muß und nicht auf eine Herabsetzung der festgesetzten Zahlen hinauslaufen darf, sei es auch noch so schwach.“

London, 6. März. Lord d'Abernon, Loucheur und Theunis besuchten heute Lord George in Chequers. Auf Grund der von Zeitung gemeldet, nach der Unterredung mit Lord George und 7 Uhr abends nach seiner Londoner Wohnung eine Versammlung der alliierten Delegationen, an der er selbst, Bonar Law, Lord d'Abernon, Briand, Loucheur, Japar, Theunis, Graf Esforja und der japanische Vertreter teilnahmen.

Praktische Vorarbeiten für den Wiederaufbau.

Paris, 5. März. Peuple teilte mit, daß am 21. März in Paris eine große Kundgebung stattfinden werde, die vom Allgemeinen Arbeiterverband (C. G. T.) ausgeht. Zu dieser Kundgebung seien die Vertreter der ehemaligen Kampflager eingeladen, da nach Mitteln gesucht werde, um die Kampflager wieder aufzubauen und der Anarchie und Fahrlässigkeit ein Ende zu bereiten, die bis jetzt bei dem Wiederaufbau der ehemaligen Kampflager beobachtet worden sei.

Paris, 6. März. Eine Abordnung der gewerkschaftlichen Internationalen wird sich morgen unter Führung des französischen Gewerkschaftsführers Marcel Laurent nach der ehemaligen Kampflager begeben, um insoweit des Beschlusses des Londoner Gewerkschaftskonferenzen Bestellungen für einen Bericht zu machen. Es soll alsdann ein Aufruf an die arbeitende Klasse der gesamten Welt erlassen werden. Die Abordnung besteht aus dem Holländer Dubonnet, dem Spanier Caballero, dem Belgier de Blaemond und dem Tschechoslowaken Tagerl. In der Hauptsache werden folgende Städte besucht werden: Amiens, Lens, Albert, Bapaume, Villers-Bretonneux und Verdun.

Amerikas Schadenersatzansprüche.

Paris, 5. März. Wie Havas aus Washington meldet, gehe zu den letzten amtlichen Verhandlungen des lebenden amerikanischen Präsidenten Wilson die Verweigerung eines Schriftstückes an den Senat, das von amerikanischen Bürgern ausgehe und die Kriegsschäden betreffe, deren Erlass von den Deutschen gefordert werden solle. Die Schäden für die von deutschen Unterleuten vertriebenen Schiffe, die Privatgelddienern gehören, sollen sich auf 60 Millionen Dollar allein für die während des Krieges erlittenen Verluste belaufen. Eine große Petroleumgesellschaft fordere 30 Millionen Dollar für Zerstörung ihres Eigentums in Rumänien.

Das Urteil im Kasseler Rote-Armee-Prozess

Kassel, 5. März. In dem vor dem hiesigen Sondergericht verhandelten kommunistischen Prozess wurde heute nach 14 tägiger Verhandlung das Urteil gefällt. Es lautet für Klumhöller auf 9 Monate Gefängnis, die Angeklagten Schröder und Jaizer auf je 4 Monate und Harbich und Rabich je 2 Monate Gefängnis. Allen Angeklagten wird 1 Monat Untersuchungshaft angerechnet. Die Angeklagten Lohagen und Küster wurden freigesprochen.

In der Urteilsbegründung wird gesagt, daß das Bestehen eines militärischen Verbandes, an dem sich sämtliche Angeklagten beteiligt haben, erwiesen sei. Besonders komme dafür die genaue Einteilung und die Benutzung der einzelnen Ressorts in Betracht. Die Rote Armee sollte durch die Organisation der Angeklagten im geeigneten Augenblick wieder als Angriffsorganisation in Tätigkeit treten. Auch Notwehr lag nicht vor, denn zur Abwehr des von den Angeklagten für bestimmt gehaltenen Rechtspolizes sei eine Rote Armee nicht nötig gewesen. Man kann jedoch den Angeklagten nicht Ehrlosigkeit vorwerfen, weshalb nur auf Gefängnisstrafe erkannt sei. Der Vorsitzende schloß seine Ausführungen, indem er darauf hinwies, daß vor „allen Dingen Ruhe und Ordnung im Lande herrschen müsse“.

Berlin und London.

Bevor noch die im Ultimatum festgesetzte Frist abgelaufen ist, hat sich die Atmosphäre zu reinigen, die gespannte Lage zu entspannen begonnen. Es waren nicht weniger die Vorgänge in Berlin als die in London, denen diese Entspannung zu verdanken ist und es ist das nicht hoch genug einzuschätzende Verdienst unserer Reichstagsfraktion, den Anstoß dazu gegeben zu haben: Sie hat im Kampfe gegen die ungeliebte Geheimdiplomatie einen Sieg davongetragen, sie hat es durchgesetzt, daß trotz des Widerstandes der Regierung der Reichstag zu den Londoner Verhandlungen Stellung nahm, und dadurch eine Klärung der Situation herbeigeführt.

Die Regierung hat zwar nichts dazu beigetragen. Sie hat sich getreu den Traditionen der Geheimdiplomatie mit einer nichtsagenden Erklärung begnügt, die sie sich ebensogut auch hätte schenken können. Der Schwerpunkt der Reichstagsverhandlungen lag nicht darin, sondern in den Erklärungen der Vertreter der drei Arbeiterparteien, vor allem in der Rede unseres Sprechers, des Genossen Breitscheid. In ihnen kam deutlich zum Ausdruck, daß auch in dieser „Lebensfrage des deutschen Volkes“ die Geister sich scheiden, daß es in der klassengetrennten kapitalistischen Gesellschaft keine Einheitsfront geben könne, sondern sich immer zwei Fronten herausbilden: die Bourgeoisie, die Proletariat. Wir wissen, daß wir hier in Deutschland leider noch lange noch nicht so weit sind, dennoch zeigten die sonnenabendlichen Reichstagsverhandlungen das erfreuliche Bild einer klaren Scheidung in diese zwei Fronten.

Die Vertreter der Bourgeoisie von Hergt bis Schiffer trottelten im Geleise der Reichsregierung fort und wiederholten die alten Phrasen von der Entschlossenheit „unires Volkes“, sich nicht unter das Joch zu beugen — Phrasen, die seit Juni 1919 bis zum Ueberdruß abgeleiert wurden und doch immer nur Phrasen geblieben sind — ohne nur einen Gedanken auszusprechen, nur eine Anregung geben zu können, wie in London eine Lösung gefunden werden könne, die den Bedürfnissen beider Verhandlungspartner halbwegs gerecht werden. Und die Vertreter der Arbeiterparteien riefen ebenso einmütig von den bürgerlichen Parteien ab, indem sie zwar im Negativen, der Ablehnung der Pariser Beschlüsse, mit ihnen übereinstimmten, aber dabei nicht stehen blieben, sondern positive Vorschläge zur Lösung der Wiedergutmachungsfrage vorbrachten, die die tiefe Kluft zwischen den kapitalistisch beschränkten Anschauungen der bürgerlichen Parteien und dem internationalen, proletarischen Standpunkt der Arbeiterparteien klar erkennen ließen.

Dies muß gesagt werden, wenn es uns auch nicht im entferntesten einfällt, uns mit irgendeinem rechtssozialistischen Müller, der in der Erhöhung der indirekten Steuern im trauten Berlin mit den bürgerlichen Parteien „bis an die Grenze des Möglichen“ gehen will und mit den nichts als revolutionären, klug und einsichtslos die Schranken der historischen Bedingtheit überspringenden Phrasen Stueders zu identifizieren. Dennoch muß die erfreuliche Tatsache konstatiert werden, daß die Rechtssozialisten, allerdings nach langem Schwanken und nach heftigen inneren Kämpfen den sich nach der Einheitsfront auf Kosten des Proletariats lehrenden bürgerlichen Parteien einen Korb gegeben und deutlich zum Ausdruck gebracht haben, daß sie sich die Lösung der Wiedergutmachungsfrage ähnlich wie wir durch ein internationales Zusammenarbeiten, vor allem des deutschen und französischen Proletariats, denken.

Den Höhepunkt der Verhandlungen aber bildete die Rede Breitscheids, der der Haltung der Regierung, die er einer verächtlichen Kritik unterzog, die Bemühungen unserer Partei gegenüberstellte, durch das Zusammenarbeiten mit den revolutionären Arbeiterparteien der Welt, deren Grundlage soeben in Wien gefunden wurde, auf eine internationale sozialistische Lösung der Wiedergutmachungsfrage hinzuwirken. Da wir uns aber im Gegensatz zu den Kommunisten dessen bewußt sind, daß die Welt zu einer solchen Lösung heute noch nicht reif ist, muß es unser Bestreben sein, eine revolutionäre Lösung wenigstens der brennendsten Fragen zu finden.

Mit diesem Vorschlag hat Breitscheid ins Schwarze getroffen. Er war — und es ist dies ein glänzender Beweis für die nationalökonomischen Voraussetzungen, die die folgerichtige Anwendung des wissenschaftlichen Marxismus, wie sie allein von unserer Partei durchgeführt wird, ermöglicht — der einzige Redner im Reichstag, der das erlösende Wort von der provisorischen Lösung aussprach, zu der man sich tatsächlich in London allmählich durchzuringeln scheint. Wenigstens geht dies aus allen Meldungen, die heute aus London gekommen sind, hervor. Danach haben vor gestern und gestern inoffizielle Verhandlungen zwischen den Alliierten untereinander und mit der deutschen Delegation stattgefunden zu dem Zweck, das künftige Fiato vom Donnerstag nicht noch einmal wiederholen zu lassen. Dabei scheint Simons bereits die neuen Vorschläge unterbreitet zu haben, deren Inhalt natürlich noch unbekannt ist, über die sich aber der Außenminister